

Beschlussempfehlung und Bericht

des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Schulz, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6073 –**

**Bürokratieentlastung jetzt – Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
stärken, Kleinunternehmern helfen**

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe durch eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent und durch die temporäre Aussetzung branchenspezifischer Bürokratiebelastungen sowie der Überprüfung von Auflagen wirtschaftlich zu stärken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6073 abzulehnen.

Berlin, den 16. Oktober 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Hansjörg Durz
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Hansjörg Durz

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/6073** wurde in der 188. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. September 2024 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Tourismus und an den Ausschuss für Digitales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD schickt voraus, viele Gaststätten- und Beherbergungsunternehmen stünden vor wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Hierfür ursächlich seien die Corona-Krise, die hohe Inflation und vor allem auch der Krieg in der Ukraine. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs wie auch die durch die explodierten Energiekosten gestiegene Inflation verhinderten eine wirtschaftliche Erholung. Die deutsche Wirtschaft stehe am Rande einer Rezession. Die führenden Wirtschaftsinstitute prognostizierten Wohlstandverluste. In der Folge sähen sich über 200.000 Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes mit über 2 Millionen Beschäftigten mit der Frage konfrontiert, ob sie ihre Geschäftstätigkeit dauerhaft einstellen sollten. Vor allem die gestiegenen Kosten für Lebensmittel und Personal belasteten die Geschäftstätigkeit. Dies bestätige jedenfalls eine jüngste Unternehmerbefragung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA). Angesichts dieser Herausforderungen müsse die Politik die richtigen Weichen für die Sicherung der Zukunft dieser Branche stellen.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung deshalb auf, die Mehrwertsteuer auf Speisen und Getränke dauerhaft auf 7 Prozent zu senken. Zudem sollten branchenspezifische Bürokratiebelastungen für zwölf Monate ausgesetzt werden. Darunter fielen Dokumentationspflichten der ordnungsgemäßen Mülltrennung und des Recyclings nach der Gewerbeabfallverordnung oder die Berichts- und Dokumentationsformen von Hygienevorschriften und deren Umsatzbarkeit. Zudem müssten weitere belastende Auflagen, unter anderem Brandschutzmaßnahmen, Betriebssicherheitsverordnungen, Vorgaben für Getränkeschankanlagen, Fettabscheider oder auch die Abluftreinigung überprüft werden. Auf die weiteren Forderungen im Antrag wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6073 in seiner 102. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6073 in seiner 90. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 20/6073 in seiner 68. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 20/6073 in seiner 78. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Digitales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6073 in seiner 71. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/6073 in seiner 83. Sitzung am 16. Oktober 2024 abschließend beraten. Die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/6073 war zuvor in der 82. Sitzung am 9. Oktober 2024 einvernehmlich vertagt worden.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/6073.

Berlin, den 16. Oktober 2024

Hansjörg Durz
Berichtersteller